

Aufwärtstrend im Bürgergeld: Mehr als 1,8 Millionen Kinder betroffen

Deutschland gab 2023 rund 5,6 Milliarden Euro Bürgergeld für Kinder aus. Erfahren Sie mehr über die Hintergründe und Entwicklungen.

Die finanzielle Unterstützung von Kindern und Jugendlichen durch das Bürgergeld-System in Deutschland hat im vergangenen Jahr einen neuen Höhepunkt erreicht. Insgesamt wurden etwa 5,6 Milliarden Euro für diese Gruppe ausgegeben. Dies wurde durch eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten René Springer offengelegt, was Fragen zur Rolle und den Auswirkungen solcher Ausgaben auf die Gesellschaft aufwirft.

Bedeutung der Ausgaben für die Gesellschaft

Die Gesamtausgaben für das Bürgergeld beliefen sich im letzten Jahr auf 42,6 Milliarden Euro, was die gesellschaftliche Diskussion über die finanzielle Unterstützung von Familien und deren Notwendigkeit anheizt. Vor allem in Anbetracht der Tatsache, dass die gesellschaftliche Population wächst und mehr Kinder in finanzielle Nöte geraten, wird die Tragweite dieser Ausgaben nachvollziehbar.

Anstieg der leistungsberechtigten Minderjährigen

Zum Ende des Jahres 2023 waren rund 1,8 Millionen minderjährige Personen davon betroffen. Diese Zahl hat sich im Vergleich zu 2010, als etwa 1,67 Millionen Kinder auf Bürgergeld angewiesen waren, gesteigert. Diese Zunahme könnte auch durch die gestiegene Gesamtbevölkerung bedingt sein, die von 80,3 Millionen auf ungefähr 84,7 Millionen angestiegen ist. Der Anteil der Kinder unter 18 Jahren stieg von 13,1 Millionen auf 14,3 Millionen.

Veränderungen im Bevölkerungsverhältnis

Die Ausgaben zeigen nicht nur die Notwendigkeit von Hilfe auf, sondern verdeutlichen auch demographische Veränderungen. Der Anteil ausländischer Minderjähriger, die Bürgergeld beziehen, hat sich verändert. Im Jahr 2010 gab es rund 1,37 Millionen deutsche und 304.000 ausländische leistungsberechtigte Minderjährige. Zum Ende 2023 reduzierte sich die Anzahl deutscher Kinder auf 907.000, während die Zahl ausländischer Kinder auf 894.000 angestiegen ist.

Die größte Gruppe unter den ausländischen Minderjährigen kommt aus der Ukraine mit 262.000, gefolgt von Syrien (203.000), einigen EU-Ländern (131.000) und Afghanistan (80.000). Diese Verschiebung führt dazu, dass die Zahlungen für deutsche Empfänger von etwa 2,6 Milliarden Euro auf 2,3 Milliarden Euro sanken, während die Ausgaben für ausländische Empfänger auf knapp 3,3 Milliarden Euro anstiegen.

Kritik und Forderungen nach einer „Migrationswende“

René Springer äußerte in diesem Zusammenhang scharfe Kritik und forderte eine grundlegende „Migrationswende“. Er

bemängelte die hohe finanzielle Belastung durch die Zuwanderung und wies darauf hin, dass sowohl bestehende als auch durch die derzeitige Regierung geschaffene Anreize zur Migration in die sozialen Systeme dringend überdacht werden müssen.

Diese hohen Ausgaben für das Bürgergeldssystem werfen grundlegende Fragen über die zukünftige Entwicklung der sozialen Unterstützung und die Integration von Zuwanderern auf. In der Gesellschaft gibt es ein wachsendes Bedürfnis nach klarer Kommunikation zwischen den Entscheidungsträgern und den Bürgern zur Orientierung über den Fortschritt in diesen kritischen Themen.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de